Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kneipen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Tarifteil 1,20 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 2. Juni 1926 — Nummer 125

Erwerbslosenkonferenz für Sachsen!

Die Forderungen der sächsischen Erwerbslosen — Aufforderung an den Bezirksausschuß Sachsen des ADGB. zur Einberufung einer Erwerbslosenkonferenz — Einmütiger Wille zum geschlossenen Kampf

Dresden, den 1. Juni 1926.

Am Dienstag, den **1. Juni, fand in Dresden** eine Sitzung des Provisorischen **Landesausschusses** der Erwerbslosenausschüsse Sachsens **statt. Der Provisorische Landesausschuß** wurde am **25. März d. J. auf einer Konferenz** der Erwerbslosendelegationen **gewählt. Diese Konferenz** tagte bekanntlich im Anschluß **an die denkwürdige** Sitzung des Sächsischen Landtages, **in der die 23 Rechten** gegen die Beschlüsse des sozialdemokratischen **Landesparteitages** zur Erwerbslosenfrage **stimmten und in der auch** die linken sozialdemokratischen **Abgeordneten die von den Kommunisten** erhobene Forderung **auf 50 Prozent Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung** ablehnten. **In jener Landtagssitzung** erklärte u. a. der **Finanzminister der Heldt-Koalition**, es würden für den **Wohnungsbau so reiche Mittel** ausgeworfen, **daß man in Sachsen gar nicht genügend Mieter** antreiben **könne, um diese Mittel** zu verbauen.

Die Erwerbslosen **warten heute noch vergebens** auf die Maßnahmen **der sächsischen Regierung zur Arbeitsbeschaffung** und zur **Beseitigung des Erwerbslosenelends.**

Der **Provisorische Landesausschuß der Erwerbslosen** ist deshalb **erneut zusammengetreten, um den Kampf** der Erwerbslosen **um ihre Existenz vorwärtszuführen.** Dabei hat sich der Ausschuß **von der Erkenntnis** leiten lassen, daß die **enge Verbindung zwischen den arbeitenden und den arbeitslosen Proletariern** im Kampf um die elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft **unbedingt herbeigeführt werden muß. Nur der** von Parteien mit **revolutionärem Willen erfüllten Organisationen getragene Kampf führt zum Sieg. Deshalb** appelliert der Landesausschuß **an alle gewerkschaftlich organisierte Kollegen, die Passivität der Gewerkschaftsspitzen zu brechen,** innerhalb der Gewerkschaften **den Kampf für die Interessen der Erwerbslosen zu führen und die Gewerkschaften zur Zusammenfassung der Erwerbslosen zu zwingen.**

Die **vorbehaltlose Unterstützung des frechen Raubzuges** der Fürstenlakaien **auf die Taschen des arbeitenden Volkes** durch die **Marx-Stresemann-Regierung, die Ankündigung** des Staatsstreiches, **die täglich wachsende Not der Erwerbslosen, der Abbau der Erwerbslosenunterstützung, die Dauererwerbslosigkeit als Massenerscheinung und die Zuspitzung** der gesamten politischen Lage **erfordern größte Aktivität.** Der Landesausschuß der Erwerbslosen **hat deshalb beschlossen,** vom Bezirksausschuß des **ADGB., dem Bezirkskartell** der Afa und dem Bezirksausschuß des **ADB. für Sachsen die** schnelle

Einberufung einer Landeserwerbslosenkonferenz

zu fordern. In einem Schreiben an diese **Organisationen** wird die Notwendigkeit **einer Erwerbslosenkonferenz für Sachsen** noch **besonders begründet.**

Jeder **klassenbewußte Arbeiter** im **Betrieb, jeder Erwerbslose, alle Ausgebeuteten haben nun die Pflicht,** den **Kampf für die Erwerbslosenkonferenz mit aller Kraft aufzunehmen!**

Eine Reihe Erwerbslosenversammlungen **haben bereits die Forderung nach einer Landes-Erwerbslosenkonferenz gestellt.** So u. a. eine vom **Ortsausschuß Chemnitz des ADGB.** einberufene **Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen.**

Erwerbslose! Folgt dem Beispiel!

Frisch ans Werk! Für die sächsische Erwerbslosenkonferenz!

Der Kampf der KPD. für die Erwerbslosen

F. B. Die Forderung der sächsischen Erwerbslosen nach Einberufung einer Landeserwerbslosenkonferenz muß von der gesamten Arbeiterschaft rückhaltlos unterstützt werden. Die Aktivisierung des Kampfes für die Lebensexistenz von Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen ist unbedingt notwendig. Das Unternehmertum will in brutalster Weise eine zu jedem Streikbruch bereite Reservearmee von Arbeitslosen züchten. Deshalb die Angriffe gegen die Erwerbslosenfürsorge, deshalb die Forderung nach völliger Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung, deshalb Aussperrungen und Betriebsstillegungen.

Das sächsische Unternehmertum geht auch in dieser Frage als Schrittmacher der Reaktion dem gesamten deutschen Unternehmertum voran. Der unrühmlichst bekannte deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bergwerksdirektor Dr. Rademacher aus Borna hat auf dem Verbandstag der sächsischen Industriellen im März d. J. die Karten der Unternehmer offen aufgedeckt. Herr Rademacher ist für diese Frage zweifellos der geeignetste Mann. In Borna verfügt er über eine 20-Zimmer-Wohnung, die von ihm in zynischer Weise noch als „Notwohnung" bezeichnet wird. Dieser echt deutsche Mann ist zweifellos der geeignetste Sachverständige für die Notlage der Erwerbslosen. In Nr. 21 der „Sächsischen Industrie", dem Organ des Verbandstages Sächsischer Industrieller, setzt Rademacher seine auf dem Verbandstag der sächsischen Industriellen begonnene Hetze gegen die Erwerbslosen fort. In einem Artikel über Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik tritt er wiederum für den Abbau der Löhne und für die Verlängerung der Arbeitszeit ein. Dieser Erzreaktionär gelangt dabei zu der Schlußfolgerung, daß die gesamte deutsche Produktion 21 Prozent billiger sein könnte, „wäre es für Arbeitszeit, Löhne usw. bei den Friedensverhältnissen geblieben". Weiter errechnet Rademacher eine Summe von 6,3 Milliarden Mark, die sich aus höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und sozialen Abgaben ergebe. Diese Summe müsse heute einzig und allein von den Unternehmern aufgebracht werden. Diese Methoden sind typisch für die Mittel, die die Unternehmerorganisationen anwenden, um sich die Regierungen gefügig zu machen.

Die sächsische Koalitionsregierung hat auf dem Verbandstag der sächsischen Industriellen die Rolle des beim Generalkommando zur Befehlsausgabe anwesenden Feldwebels gespielt. Wie die Erfahrungen in den letzten Wochen zeigen, führt die Heldt-Regierung die Befehle der sächsischen Unternehmer brutal durch. Von den im Parlament zur Erwerbslosenfrage abgegebenen Versprechungen ist so gut wie nichts eingehalten worden. Die 23 Sozialdemokraten leisten der Heldt-Regierung auch in der Erwerbslosenfrage die getreuesten Lakaiendienste.

Im Kampf der Erwerbslosen um ihre Existenz erweist sich wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß **das Proletariat vom bürgerlichen Parlament nichts zu erwarten hat.** Das Parlament hilft nicht den Erwerbslosen, **sondern den Unternehmern.** Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie **ist auch** in der Erwerbslosenfrage nur Kulisse zur **Verdeckung der brutalsten Unternehmerwillkür.** Die Arbeiterschaft muß **auch hier ihren Kampf selbständig als Klassenkampf führen** mit der Spitze gegen das Unternehmertum und seine Regierungen und Parlamente.

Die Kommunistische Partei hat sich der Interessen der Erwerbslosen von jeher mit aller Kraft angenommen. Während die sozialdemokratischen Führer und die ADGB.-Bureaukratie von einer panischen Furcht vor dem revolutionären Willen der Erwerbslosen erfüllt sind, organisiert die KPD. diesen Willen und gibt ihm ein politisches Ziel. Im gleichen Moment, da die sozialdemokratischen Führer gemeinsam mit Regierung und Unternehmern die Mittel zur Niederhaltung der Erwerbslosen beraten und bereitstellen, ist es die Kommunistische Partei, die sich führend an die Spitze der Erwerbslosen stellt.

In Sachsen hat die KPD. sich beim Anschwellen der Massenarbeitslosigkeit im Herbst des vergangenen Jahres sofort erneut der Erwerbsloseninteressen angenommen. Die Kommunistische Partei ist auf Grund eigener Initiative in der Erwerbslosenfrage selbständig aufgetreten. Sie hat jedoch jede Gelegenheit benutzt, um die Einheitsfront im Kampf für die Erwerbslosen herzustellen. Nur wenn die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter eine geschlossene Phalanx bilden, ist es möglich, neue Positionen für das Proletariat zu erobern. Aus diesem Grunde wandte sich die KPD. Mitte November an den Landesarbeitsausschuß Sachsen der SPD. und forderte die Aufnahme des gemeinsamen Kampfes für die Erwerbslosen. Die SPD. antwortete damals mit Ausflüchten. Die linken sozialdemokratischen Führer befanden sich völlig im Schlepptau der 23. Das Heidelberger Kompromiß sollte den sozialdemokratischen Arbeitern die „Einigung" der SPD. demonstrieren. Die Kommunisten hatten inzwischen selbständig im Sächsischen Landtag eine Reihe Erwerbslosenanträge eingebracht. Die wichtigsten waren die Forderung auf 50prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, Beseitigung der Pflichtarbeit und Aufnahme von öffentlichen Arbeiten sowie Durchführung von Notstandsarbeiten. Im Hinblick auf den Winter wurde eine einmalige Sonderbeihilfe in Form von Geld- und Lebensmittelunterstützung für die Erwerbslosen gefordert.

Am 17. Dezember v. J. wurden im Sächsischen Landtag die kommunistischen Anträge abgelehnt, und zwar von den linken und rechten Führern gemeinsam.

Im Dezember 1925 und zu Beginn 1926 setzte eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise ein. Die Not der Erwerbslosen wurde durch den Winter besonders verschärft. Die Ablehnung der von den Kommunisten beantragten einmaligen Beihilfe für die Erwerbslosen durch die SPD. im Sächsischen Landtag weckte auch innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft starke Empörung gegen die Haltung der SPD.-Führer. Unter Berücksichtigung der wachsenden Notlage der Arbeiterschaft und insbesondere der Erwerbslosen leitete die KPD. im Januar 1926 sofort eine neue Unterstützungskampagne für die Erwerbslosen ein.

Neues Abfindungsgesetz der Fürstenknechte

Berlin, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im Reichstag ist jetzt die Vorlage der **Marx-Regierung zur Fürstenabfindung** eingegangen. Sie umfaßt **28 Paragraphen und lehnt sich eng** an den letzten **Kompromißentwurf der Regierungsparteien** an. Die Vorlage ist bekanntlich **bereits vom Reichsrat angenommen** worden.

Die „Rote Fahne" **berichtet von einem geheimen Rundschreiben** der Deutschen **Volkspartei. In diesem Rundschreiben wird** die Anwendung derselben Lüge, **wie sie von den monarchistischen** Nachrichtenbureaus **verbreitet wird, gegen die Fürstenenteignung** empfohlen. Es wird **in ihm zugegeben, daß es sich um „Vorschüsse" der Fürsten handelt und es wird gezeigt, daß das** Gesetz, das **jetzt dem Reichstag vorliegt, für die Fürsten sehr** günstig ist. **Wörtlich heißt es unter anderem über das vorgesehene Reichsobergericht:**

„Es wird **nicht beim Reichsgericht gebildet, sondern hat nur** seinen Sitz in Leipzig **und den Präsidenten des Reichsgerichts zu** seinem Vorsitzenden. **Es entscheidet in einer Besetzung von** 9 Mitgliedern. **Die 8 Mitglieder außer dem Präsidenten ernennt auf Vorschlag des Reichskabinetts der Reichspräsident auf Lebenszeit,** wobei 4 **Mitglieder Richter an ordentlichen** und Verwaltungsgerichten **des Reiches oder der Länder** sein müssen. **Es ist also nicht richtig, was vielfach in der** Presse jetzt zu lesen ist, **daß auf der Richterbank 4 Laien** sitzen müssen. 4 von den **Mitgliedern brauchen nur nicht Berufsrichter** zu sein. Sie können **entnommen werden den Berufsrichtern,** den in Ruhestand versetzten **Richtern, den Rechtsanwälten,** den Professoren an **Rechtsfakultäten oder juristisch nicht vorgebildeten** Kräften."

Damit hat die **Deutsche Volkspartei zugegeben, daß das** Reichssondergericht **mit den angeblichen Laien ein frecher** Schwindel ist. **Die Berufsrichter als Jürgens sollen entscheiden.**

Abrechnung mit den Putschisten

Die monarchistischen Putschpläne vor dem Preußischen Landtage

Im Preußischen Landtag kam es gestern anläßlich der Besprechung des Polizeietats bei der Rede des Ministerialdirektors Abegg über die **polizeiliche Aufdeckung der monarchistischen** Putschpläne zu **schweren Auseinandersetzungen. Abegg erklärte,** daß die wochenlange Nachprüfung ergeben habe, daß das bei den Haussuchungen beschlagnahmte Material die bis in alle Einzelheiten vorbereiteten Putschpläne nachweise. Wenn nicht mehr gefunden worden sei, so sei das darauf zurückzuführen, daß die Putschisten **vorher von der Polizeiaktion und den Haussuchungen informiert worden seien und rechtzeitig das wichtigste** Material in Sicherheit gebracht haben. Die Deutschnationalen und Völkischen versuchten, die Aufdeckung der Putschpläne durch fortgesetzte Störungsversuche zu unterbinden.

Deutschnationaler Terror beim Volksentscheid

Breslau, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Bericht des „Oberschlesischen Volksblattes" vom 30. Mai erklärte auf einer von der SPD. einberufenen Versammlung zum Volksentscheid der Deutschnationale Hennig in der Diskussion: „Meine Parteileitung wird am 20. Juni vor den Wahllokalen Vertrauensleute aufstellen, die jeden einzelnen aufschreiben, der in das Wahllokal geht, um ihm dann nachher den Dank für den Diebstahl an den Fürsten zu bezahlen."

Voruntersuchung gegen die Staatsstreichler eröffnet

Der Landgerichtsdirektor Neumann vom Landgericht I in Berlin ist zum Untersuchungsrichter beim Reichsgericht in der Angelegenheit der Staatsstreichpläne der reaktionären Verbände ernannt worden. Damit ist zugleich die Voruntersuchung gegen die schwerbelasteten Führer der verschiedenen rechtsradikalen Verbände eröffnet.

Nach dem bisherigen Verhalten des Reichsgerichts und insbesondere des Oberreichsanwalts Dr. Ebermayer, dessen erste amtliche Aeußerung die Feststellung war, daß die Berliner Polizei eigenmächtig vorgegriffen habe, zeigt, was die Arbeiterschaft von dieser Klassenjustiz und ihren Vertretern beim „Kampf" gegen die rechtsradikalen Staatsstreichler zu erwarten hat.

Niederlage der Reformisten

Stettin, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach langem Drängen der Stettiner Erwerbslosen berief endlich der Ortsausschuß Stettin eine freigewerkschaftliche Erwerbslosenversammlung ein. Der Referent Becker, Vorsitzender des Kartells, erlitt eine vernichtende Niederlage. Sein Referat wurde mit großem Widerspruch aufgenommen. Zum Schluß gelangte eine Resolution der Kommunisten zur einstimmigen Annahme, die sich gegen die Auffassung des Stettiner Ortsausschusses, „der Höhepunkt der Krise sei überwunden", richtet, sich gegen die gestaffelten Unterstützungssätze wendet, Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent fordert, die Gemeindevertreter der KPD., SPD. und Ortsausschüsse des ADGB. zu gemeinsamer Arbeit für die Erwerbslosen verpflichtet und den Kampf gegen die Regierung und Beseitigung der Hindenburg-Republik verlangt. Becker verzichtete angesichts der Stimmung der Versammlung auf das Schlußwort.

Kommunistischer Wahlsieg

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Bei einer Neuwahl zum Munizipalrat in Clichy bei Paris, bei der zwei Sitze zu verteilen waren, wurden die beiden kommunistischen Kandidaten im ersten Wahlgang gewählt.

Clichy, eine Arbeitervorstadt von Paris, ist eine Hochburg des kommunistischen Proletariats Frankreichs.